

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 22 – Bürgerschaftliches Engagement würdigen –
Erstattungen für ehrenamtliche Jugendarbeit vereinfachen

Dazu sagt der innenpolitische Sprecher
der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Burkhard Peters:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 105.18 / 21.03.2018

Wir müssen Wege finden, das Ehrenamt noch attraktiver zu machen

Das Ehrenamt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Ohne freiwilliges Engagement läuft – fast nichts. Unser Gemeinwesen würde in Teufels Küche geraten, wenn alle Ehrenamtler*innen von heute auf morgen nicht mehr bereit wären, sich für uns alle zu engagieren.

Alle diese Ehrenamtlichen fragen nicht nach Bezahlung. Sie wissen, dass die Gesellschaft nicht jede gute Tat entlohnen kann. Auch deshalb verdienen sie unsere volle Unterstützung und unsere aufrichtige Anerkennung.

Ein Baustein dieser Unterstützung muss sein, dass freiwillig ehrenamtlich Tätige für ihre Aufwendungen Ersatz bekommen. Dass sie nicht noch zusätzliches Geld in ihr freiwilliges Engagement einzahlen müssen. In der Realität ist das aber sehr oft der Fall. Besonders für junge Ehrenamtliche ist das schlimm, denn sie haben nicht viel Geld.

Vor zwei, drei Wochen ging ein solcher Fall durch die Presse. Eine junge Frau hatte die Jugendleiterkarte gemacht und nach der entsprechenden Richtlinie Verdienstaufschlag beantragt. Der Antrag versackte irgendwo und kam erst nach der Maßnahme da an, wo er hin sollte. Das Ergebnis: kein Geld. Der Grund: Die entsprechende Förderrichtlinie lässt nur die Beantragung vor Maßnahmenbeginn zu.

Das will die SPD jetzt ändern. Das hört sich erst mal gut und richtig an. Aber löst es das Problem?

Wir bewegen uns hier bei Größenordnungen von ein paar hundert Euro. Keine Summe, die man mal so eben verschmerzen kann.

Was war eigentlich der Sinn für die geforderte Beantragung vor Maßnahmenbeginn? Doch wohl der, dass ich dann, wenn der Antrag abgelehnt wird, noch entscheiden kann, die Maßnahme nicht zu machen. Habe ich die Maßnahme schon gemacht und bekomme dann eine Ablehnung, bleibe ich auf den Kosten sitzen. Das ist genau das, was der jungen Frau passiert ist. Und das wollen wir auch nicht.

Wir brauchen das Ehrenamt ganz besonders in der Jugendarbeit. In Jugendclubs finden junge Leute einen Treffpunkt, um unter sich zu sein, Billard zu spielen, Musik zu hören oder um einfach mal von zu Hause weg zu sein. Hier leisten ehrenamtliche Jugendgruppenleiter*innen einen wichtigen Beitrag. Auch bei der Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen leisten junge Ehrenamtliche großartiges.

Wir müssen Wege finden, das Ehrenamt noch attraktiver zu machen. Dazu gehört natürlich eine Überprüfung der angesprochenen Förderrichtlinie. Aber sie ist nur ein kleiner Baustein. Wir müssen viel breiter denken. Deshalb werden wir den Antrag der SPD in den Ausschuss überweisen und dort umfassend beraten.

Schon heute ist gesellschaftliches Engagement ein wichtiges Kriterium bei Bewerbungen und bei der Vergabe von Stipendien. Wenn sich bei uns ein*e Referent*in bewirbt, der oder die sich viele Jahre unentgeltlich engagiert hat, hat der bei uns schon mal einen Stein im Brett. Vielleicht können wir aber auch ein Bonussystem entwickeln für die Vergabe von Studienplätzen. Langfristiges Ehrenamt könnte zum Beispiel als Wartesemester angerechnet werden.

Es sind die vielen kleinen Schritte und Maßnahmen, die es den Menschen erleichtern, sich zu engagieren – Wertschätzung, die richtigen politischen Rahmenbedingungen, eine Haftpflichtversicherung und von Zeit zu Zeit eine Anerkennung durch den Träger. Dann werden wir als Gesellschaft auch in Zukunft vom Ehrenamt profitieren können.
